Detailansicht des Registereintrags

Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen im Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V.

Aktuell seit 26.11.2026 12:50:21

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001752
Ersteintrag:	25.02.2022
Letzte Änderung:	26.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	17.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation
Kontaktdaten:	Adresse: Friedrichstraße 83 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4930202255380 E-Mail-Adressen: axel.guthmann@dsgv.de Webseiten: https://www.lbs.de/unternehmen

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
190.001 bis 200.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
0,80

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Prof. Dr. Ulrich Reuter**
   Funktion: Präsident
2. **Karolin Schriever**
   Funktion: Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
3. **Dr. Joachim Schmalzl**
   Funktion: Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (6):

1. **Irina Berenfeld**
2. **Dr. Florian Trappe**
3. **Axel Guthmann**
4. **Prof. Dr. Ulrich Reuter**
5. **Karolin Schriever**
6. **Dr. Joachim Schmalzl**

Gesamtzahl der Mitglieder:
5 Mitglieder am 01.05.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (2):
1. ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.
2. Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (18):
EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Digitalisierung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Ländlicher Raum; Stadtentwicklung; Wohnen; Öffentliches Recht; Rechtspolitik; Zivilrecht; Rente/Alterssicherung; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Bank- und Finanzwesen; Verbraucherschutz; Versicherungswesen; Wettbewerbsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Die Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen vertritt die Interessen der Landesbausparkassen und ihrer 7 Millionen Kundinnen und Kunden gegenüber Parlament und Regierung. Sie setzt sich insbesondere für die Förderung des Bausparwesens sowie der privaten Vermögensbildung und Altersvorsorge durch die selbstgenutzte Immobilie ein. Neben den unmittelbar davon berührten

Gesetzgebungsverfahren, u. a. zum Bausparkassengesetz sowie zur Bausparförderung, begleitet sie die Gesetzgebung auf weiteren für das Bausparwesen relevanten Feldern der Wohnungs-, Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik. Dies geschieht insbesondere durch Stellungnahmen und Positionspapiere, aber auch durch persönliche Gespräche mit vom Lobbyregistergesetz erfassten Adressaten. Typische Austauschformate sind parlamentarische Frühstücke oder -Abende, zu denen der o. g. Personenkreis eingeladen wird.

Konkrete Regelungsvorhaben (14)

1. **Änderung des Entwurfs der Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie über Verbraucherkreditverträge im Gewerberecht**

   Beschreibung:
   Wir setzen uns hinsichtlich der Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie über Verbraucherkreditverträge im Gewerberecht für die Qualitätssicherung der Sachkundeprüfungen für Immobiliardarlehensvermittler nach § 34i GewO und die künftigen Darlehensvermittler nach § 34k GewO-neu durch die Beibehaltung des bundesweiten Aufgabenauswahlausschusses nach der ImmVermV und die Einrichtung dieses Aufgabenauswahlausschusses nach der geplanten Darlehensvermittlungsverordnung (DarlVermV) ein. Darüber hinaus sprechen wir uns für praxisgerechte Anpassungen des Entwurfs der DarlVermV aus. Dies betrifft vor allem die Anerkennung einer Erlaubnis nach § 34i GewO sowie Anpassungen des Sachkundekatalogs, insbesondere durch Berücksichtigung auch der Bausparfinanzierung.

   Bundestags-Drucksachennummer:
   BT-Drs. 21/1851 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2225 über Verbraucherkreditverträge
   Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

   Zuvor:
   Referentenentwurf (BMJV): Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2225 über Verbraucherkreditverträge (Vorgang)

   Interessenbereiche:
   Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

   Stellungnahmen/Gutachten (3):

   1. **SG2405060008** (PDF - 1 Seite)

      Adressatenkreis:

      Versendet am 02.05.2024 an:

      Bundesregierung
      Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2510140019** (PDF - 25 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 18.07.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

3. **SG2605180019** (PDF - 11 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 06.05.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. **Vorschläge zur Einführung einer Rechtsverordnung zur Videoidentifizierung**

   Beschreibung:
   Wir setzen uns dafür ein, dass im Hinblick auf die nach § 5 Abs. 2 GwVideoIdentV-E erforderlichen eID-Verfahren eine Umsetzungsfrist von mindestens einem Jahr vorgesehen wird. Zudem sollte auf den Ausschluss vollautomatisierter Verfahren nach § 17 Abs. 2 Nr. 2 GwVideoIdentV-E verzichtet werden.

   Referentenentwurf:
   Verordnung zur geldwäscherechtlichen Identifizierung durch Videoidentifizierung (Geldwäschevideoidentifizierungsverordnung - GwVideoIdentV) (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Datum der Veröffentlichung: 18.04.2024
   Federführendes Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

3. **Beibehaltung der gesetzlichen Regelungen zur Vorfälligkeitsentschädigung**

   Beschreibung:
   Wir setzen uns dafür ein, die bestehenden gesetzlichen Regelungen zur Vorfälligkeitsentschädigung unverändert beizubehalten.

   Betroffenes geltendes Recht:
   BGB [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

   Stellungnahmen/Gutachten (1):

   1. **SG2406200219** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.05.2024 an:

Bundesregierung
Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. **Einführung eines Dauerprämienzulageantrags (Änderung § 4 Abs. 2 WoPG)**

Beschreibung:
Wir setzen uns dafür ein, dass die Sparer anstelle der jährlichen Beantragung wahlweise einen „Dauerprämienantrag" – entsprechend „Riester-Dauerzulageantrag" nach § 89 Abs. 1a EStG bei zertifizierten Altersvorsorgeverträgen – stellen können (= Änderung von § 4 Abs. 2 WoPG).

Betroffenes geltendes Recht:
WoPG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406210048** (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.03.2024 an:

Bundesregierung
Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

5. **Vorschläge zur Reform der staatlich geförderten privaten Altersvorsorge**

Beschreibung:
Wir begrüßen die geplante Reform der geförderten privaten Altersvorsorge. Insbesondere unterstützten wir die geplante Erhöhung der Flexibilität und Attraktivität der Eigenheimrenten-Förderung, beispielsweise die Vereinfachungen des Entnahmeverfahrens sowie den Wegfall der jährlichen Erhöhung des Wohnförderkontos. Darüber hinaus treten wir für weitere Vereinfachungen speziell bei der Eigenheimrente ein.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/14027 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Reform der steuerlich geförderten privaten Altersvorsorge und zur Einführung eines Altersvorsorgedepots (Altersvorsorgedepotgesetz)

Zuvor:
Referentenentwurf (BMF): Gesetz zur Reform der steuerlich geförderten privaten Altersvorsorge (pAV-Reformgesetz) (20. WP) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
EStG [alle RV hierzu]; AltZertG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. **SG2406200225** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 01.03.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

2. **SG2411080005** (PDF - 17 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 18.10.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

3. **SG2503030007** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 25.02.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

4. **SG2602130028** (PDF - 8 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 09.12.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

6. **Beibehaltung der Regelung in § 12 BauSparkG (Vertrauensmann)**

Beschreibung:
Wir setzen uns dafür ein, dass die Funktion der Vertrauensperson nach § 12 BauSparkG beibehalten wird.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Finanzierung von zukunftssichernden Investitionen
Federführendes Ministerium: Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BauSparkG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2410150012** (PDF - 6 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 13.09.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

7. **Übergangsregelungen im Falle einer Streichung des § 34d Abs. 8 Nr. 2 GewO**

Beschreibung:
Im Falle einer Streichung der heutigen Ausnahmeregelung in § 34d Abs. 8 Nr. 2 GewO sollten Übergangsregelungen und Bestandsschutzregelungen vorgesehen werden.

Betroffenes geltendes Recht:
GewO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Versicherungswesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2411050017** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 30.10.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2509150011** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 11.09.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

8. **Vorschläge für bezahlbares Bauen und Wohnen. Positionen zur Bundestagswahl 2025.**

Beschreibung:
Wir beziehen mit Blick auf die BTW 2025 und die anstehende Legislaturperiode Position. Wir empfehlen eine Reihe von Maßnahmen mit dem Ziel, die Versorgung mit Wohnraum zu erhöhen und den Zugang breiter Bevölkerungsschichten zu erschwinglichem Wohnraum zu

verbessern. Vorgeschlagen werden Änderungen in folgenden Politikfeldern: 1. Stärkerer Fokus auf Wohneigentumsbildung als Wohnraumschaffer; 2. Unterstützung beim Eigenkapitalaufbau; 3. Selbstgenutztes Wohneigentum als festen Bestandteil der Altersvorsorge etablieren; 4. Grunderwerbsteuer zum Instrument der Wohneigentumsförderung machen; 5. Bauland mobilisieren und Bauen erleichtern – aber auch: Leerstand vermeiden, Regionen stärken; 6. Nachhaltigkeit im Gebäudesektor – ökologisch und sozial; 7. EU-Vorgaben mit Augenmaß umsetzen.

Betroffenes geltendes Recht:
WoPG [alle RV hierzu]; BBauG [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]; GrEStG 1983 [alle RV hierzu]; GEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2503200027** (PDF - 9 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 07.01.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

2. **SG2603160022** (PDF - 8 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 17.03.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

9. **Rücknahme des Verordnungsvorschlags für ein Rahmenwerk für den financial data access (FIDA)**

   Beschreibung:

Wir sprechen uns für eine Rücknahme des Gesetzgebungsvorhabens zum Verordnungsvorschlag für ein Rahmenwerk für den „financial data access“ (FIDA) aus. Sollte eine Rücknahme nicht mehrheitsfähig sein, sollten inhaltliche Anpassungen erfolgen.

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2505210017** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 12.05.2025 an:

   Bundesregierung
   Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

10. **Verbesserung der Vermögensbildungsförderung, insb. Wohnungsbauprämie und Arbeitnehmer-Sparzulage**

Beschreibung:
Wir setzen uns dafür ein, dass die Förderung der Vermögensbildung (auch bezeichnet als Sparförderung) in Deutschland gestärkt wird. Beide Förderinstrumente – Wohnungsbauprämie und Arbeitnehmer-Sparzulage – zielen darauf ab, den frühzeitigen Beginn der Eigenkapitalbildung zum Erwerb von Wohneigentum anzuregen. Um diesen Anreiz zu erhalten, sollte eine regelmäßige Anpassung der Einkommensgrenzen und maximalen jährlichen Förderbeträge für Wohnungsbauprämie und Arbeitnehmer-Sparzulage mindestens in Form eines Inflationsausgleichs erfolgen. Weitere Verbesserungen wie eine Erweiterung der Zielgruppe sind vorstellbar.

Betroffenes geltendes Recht:
WoPG [alle RV hierzu]; VermBG 2 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Wohnen [alle RV hierzu]

11. **Vorschläge zur nationalen Umsetzung der Verbraucherrechte-RL 2011/83/EU i. d. F. der RL (EU) 2023/2673**

Beschreibung:
Wir sprechen uns gegen eine überschießende Umsetzung der geänderten Richtlinie 2011/83 /EU im Hinblick auf Außergeschäftsraumverträge über Finanzdienstleistungen aus. Aus Gründen der Rechtssicherheit und Rechtsklarheit sollten die gesetzlichen Widerrufsbelehrungsmuster beibehalten werden. Bei Fernabsatzverträgen über Finanzdienstleistungen setzen wir uns für eine Änderung der Verbraucherrechte-RL im Hinblick auf ein europäisches Widerrufsbelehrungsmuster oder zumindest für eine Öffnungsklausel für nationale Widerrufsbelehrungsmuster ein.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/1856 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Verbrauchervertrags- und des Versicherungsvertragsrechts sowie zur Änderung des Behandlungsvertragsrechts
Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMJV): Gesetz zur Änderung des Verbrauchervertrags- und des Versicherungsvertragsrechts (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
BGB [alle RV hierzu]; BGBEG [alle RV hierzu]; PAngV 2022 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2508270002** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 30.07.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

12. **Vorschlag zu einer Klarstellung im Rahmen der 9. Änderung des Steuerberatungsgesetzes**

Beschreibung:
Wir sprechen uns für einen klarstellenden Hinweis in der Gesetzesbegründung aus. Dieser sollte verdeutlichen, dass diejenigen, die Verträge im Sinne des § 2 Abs. 1 WoPG schließen oder vermitteln, nach der Neuregelung in § 4e StBerG-E weiterhin befugt bleiben, bei der Ausfüllung von Anträgen auf Wohnungsbauprämie Hilfe zu leisten.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/4550 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Steuerberatungsgesetzes und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften
Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMF): Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Steuerberatungsgesetzes (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
StBerG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2509230015** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 18.09.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

13. **Gesetzentwurf Frühstartrente**

Beschreibung:
Wir setzen uns für die Anschlussfähigkeit der Frühstartrente an das System der geförderten privaten Altersvorsorge ein, insbesondere mit Blick auf die Eigenheimrente und die Altersvorsorge mit Wohneigentum. Dazu streben wir im Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Frühstartrente insbesondere Klarstellungen bei den Entnahme- und Übertragungsmöglichkeiten des Frühstartrentenvermögens sowie Anpassungen bei der Ausgestaltung des Kreises der Anspruchsberechtigten und der vorgesehenen Informationen zur Stärkung der finanziellen Bildung an.

Referentenentwurf:
Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Frühstartrente (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 21.07.2026
Federführendes Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2608050026** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 30.07.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

14. **Praxisgerechte Umsetzung der 6. EU-Geldwäscherichtlinie (Richtlinie (EU) 2024/1640)**

Beschreibung:
Wir setzen uns für eine praxistaugliche und risikobasierte Umsetzung der 6. EU-Geldwäscherichtlinie ein. Insbesondere regen wir an, für den institutsübergreifenden Informationsaustausch zur Verhinderung von Betrug und sonstigen strafbaren Handlungen, auch über von Dritten betriebene Datenbanken, weiterhin eine Rechtsgrundlage im KWG vorzusehen. Beim Kontenabrufverfahren nach § 24c KWG sollte auf den Datenabruf durch die registerführende Stelle des Transparenzregisters verzichtet werden. Zudem sollte

klargestellt werden, dass im Dateisystem nur wirtschaftliche Eigentümer und nicht Angehörige der Führungsebene zu speichern sind. Ferner sollte die Pflicht zum Betrieb von Datenverarbeitungssystemen nach § 25h Abs. 2 KWG risikobasiert gefasst werden.

Referentenentwurf:
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Sechsten EU-Geldwäscherichtlinie und zur Stärkung der Geldwäscheprävention (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 28.10.2026
Federführendes Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
KredWG [alle RV hierzu]; GwG 2017 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
2.090.001 bis 2.100.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (3):

1. LBS Landesbausparkasse Süd AöR

2. LBS Landesbausparkasse NordWest AöR
3. LBS Landesbausparkasse NordOst AG

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

WiRe_TP51_2025.pdf